

# Baugewerkschaft

## Organ des Zentralverbandes christlicher Bauarbeiter Deutschlands

Erscheint jeden Sonntag. Abonnementspreis vierteljährlich 12 Mark (ohne Postgeld). Zu beziehen durch jede Postanstalt. + Redaktionschluss: Montag morgens 8 Uhr

Geschäftsstelle und Schriftleitung  
Berlin-Lichtenberg, Am Stadtpark 2-3

Anzeigenpreis: Inserate 10 Mark, Reklame 30 Mark, für Versammlungsanzeigen 2 Mark pro Zeile. — Schluss der Anzeigenannahme 8 Tage vor Erscheinen jeder Nummer

### Produktionssteigerung und Achtstundentag

Ganz zweifellos hat das deutsche Volk nicht genug an Gegenständen des täglichen Bedarfs und daher, wenn auch nicht ausschließlich, die Teuerung. Es werden also zu wenig Waren erzeugt. Folglich kann es nur besser werden, indem die Warenerzeugung verbessert, d. h. gesteigert wird.

Dies als unbedingt richtig zugegeben, kann man doch nicht anders, als schärfsten Widerspruch jenen entgegensehen, die in bewusster oder unbewusster Verkennung der wirklichen Tatsachen nun einfach schlussfolgern: Also muß die Arbeitszeit verlängert werden. Die Frage vermehrter Gütererzeugung war niemals und ist auch heute nicht ausschließlich eine Frage der Arbeitszeit. Es kommt dafür noch eine ganze Reihe anderer Faktoren in Betracht, und diese erweisen sich, wie die Verhältnisse heute liegen, sämtlich als Voraussetzungen etwaiger Mehrleistungen der Arbeiterschaft, die übrigens immer nur freiwillige sein könnten. Auf diese Seite des Problems macht ein bemerkenswerter Artikel des Kollegen Jansen im „Deutschen“ aufmerksam.

Zwei Fragen, so schreibt er, tauchen in der Arbeitererschaft immer wieder auf: Hat sich die Ertragfähigkeit der Arbeit wirklich so verringert, wie immer behauptet wird, wie ist es dann möglich, daß sich die Zahl der eigentlich unproduktiven Tätigen so ungemein vermehren konnte? Wie erklärt es sich, daß die Masse der unproduktiven Tätigen zum guten Teil heute ein besseres Leben führt, als es vor dem Krieg war? Ehe nicht aus der eindeutigen klaren Antwort auf diese Fragen die folgerichtige Tat erwächst, wird sich die Arbeiterschaft in ihrer Mehrheit schwerlich dazu bereithalten, zu glauben, daß die Schuld an deutscher Not allein bei ihr liege.

Sieht man von der gewaltigen Belastung durch den sog. Friedensvertrag ganz ab, so ist festzustellen: Unheimlich an Zahl gestiegen ist das Heer der Beamten in Reich, Staat, Gemeinden und Selbstverwaltungskörpern, gestiegen die Zahl der mit ordnender, jedoch nicht produktiver Arbeit beschäftigten Angestellten, unheimlich gewachsen ist das Heer der Händler, deren oftmals sehr zweifelhaft verteilende und vermittelnde Tätigkeit alles andere ist, als ein volkswirtschaftlicher Gewinn. Und all diese ernährt die produktive Arbeit neben jenen, die seit Ausbruch des Krieges für ihr in der Wirtschaft angelegtes Geld Ertragnisse verlangen, die in ihrer Zahlengröße früher einfach unmöglich waren. Und wer will es ableugnen, daß das Händlertum, die ohne Mitarbeit gewinnberechtigten Teilhaber industrieller Werke, und schließlich die Masche der deutschen Not, die Devisenpekulanten und Börsenjobber, heutige viel profziger auftreten und besser leben, als es jemals allen denen möglich war, die wirkliche produktive Arbeit leisteten? Das beweist, in welcher Weise die produktive Arbeit belastet ist, und daß man den produktiven Tätigen unmöglich zumuten kann, noch mehr zu leisten, ehe nicht die große Zahl der parasitären Existenzen beseitigt ist. Es ist ein völlig unfruchtbares Bemühen, Mehrarbeit zu verlangen oder gar zu erzielen, solange nicht hier der Wille zu einer durchgreifenden Aenderung klar erkennbar ist. Wer will's den Schaffenden auch verübeln, wenn sie gegen das Heer der Rasenden und Schwärzenden in Feindschaft stehen, wenn sie sich weigern für jene mitzufürsorgen, die sich nicht durch eigene Kraft ernähren, obwohl sie es könnten, oder die für ihre unproduktive Tätigkeit ein Vorkrecht in der Bewertung und Entgeltung als gegeben ansehen!

Darüber sind sich allerdings auch die weiterdenkenden Arbeiter im Klaren, daß selbst bei der härtesten Unterbindung parasitärer Existenzen und der Aufhebung der größten Wirkungen des Versailles Vertrages, die heutige Produktivität der deutschen Wirtschaft nicht ausreicht, um dem

deutschen Volke die in der Vorkriegszeit erreichte äußere Lebenshaltung zu sichern.

Die weiter zu beantwortende Frage ist dann aber die, ob dann, wenn alle die schon genannten Hemmnisse zur Hebung des Lebensstandards in Fortfall gekommen sind, die deutsche Arbeiterschaft überhaupt gewillt ist, einfach zu dem früheren Zustand zurückzukehren. Man kann darüber berechnete Zweifel hegen. Ohne Zweifel hat das Zeitalter vor dem Kriege uns ein hohes Maß von äußeren Lebensgütern beschert. Innerlich aber ist unser Volk verarmt, weil es mit seiner ganzen Kraft in den Mammonsdienst gestellt war. Wir haben zu viel gearbeitet, d. h. über der Arbeit zu sehr vergessen, daß der Mensch aus Leib und Seele besteht, und daß die seelischen Bedürfnisse, die Seelen- und Gemütskultur unter dem rastlosen Schaffen und Erraffen materieller Güter, verkümmern mußten. Was uns das Zeitalter unerhörtester wirtschaftlicher Entwicklung an „Kultur“ brachte, war zum erheblichen Teil Treibhauskultur, das Ergebnis überspannter Zivilisation, aber keine aus gesundem Volksleben gewachsene und das Volk bereichernde wahre Kultur.

Sollen wir zu diesen Zuständen zurück? Oder aber ist die Reaktion auf die Ueberspannung der wirtschaftlichen Kräfte, die Wiederbeziehung auf das wirkliche Wesen des Menschen etwas Gesundes und zu Erhaltendes? Darüber darf nämlich kein Zweifel aufkommen. Gerade in der Arbeiterschaft ist die Zahl derjenigen, die lieber ein äußerlich armlageriges, dafür aber ein mehr auf die Pflege innerer Werte eingestelltes Leben führen wollen, als in das frühere Joch der Unrast, in den Dienst des nur materiellen Erfolges zurückzutreten, außerordentlich groß. Mag das auch nicht offen zum Ausdruck kommen, ein starkes, vielfach nur instinktmäßiges derartiges Gefühl ist unverkennbar.

Daraus ist zu folgern: Selbst bei aller Anerkennung der Notwendigkeit erhöhter Produktion ist die Rückkehr zu der alten Form des Arbeiterlebens und der Einspannung der Menschen in das alte Arbeitsjoch einfach undiskutabel. Die Forderung der allgemeinen Verlängerung der Arbeitszeit zur Erreichung des Zieltes bewegt sich auf der gleichen „geistigen Höhe“ wie die zum Teil verbreitete Ansicht, daß die Erzielung höherer Löhne allein ausreiche, um eine verschlechterte Lebenshaltung wieder in die alte Lage zu bringen.

Mit dem Verstehe von notwendiger „Verlängerung der Arbeitszeit“ ist das Problem der Produktionssteigerung nicht zu lösen. Ebenfalls wenig ist eine wirkliche Verlängerung der Arbeitszeit eine unbedingte Garantie für eine stärkere Erzeugung. Was not tut, das ist eine Hebung und Weckung der Arbeitsfreude, die den schaffenden Menschen die Größe seiner Aufgabe leicht meistern läßt. Gewiß wird das nicht überall leicht sein, weil der Klud wirtschaftlicher Unkultur uns belastet. Unserem Volke in seiner Gesamtheit wird eben nicht ganz erspart bleiben, die schlimmen Früchte jenes Baumes zu ernten, den die Hochzüchter des neuzeitlichen Kapitalismus pflanzten, hegten und zu allzu früher Blüte trieben. Aber die Masse der deutschen Arbeiter ist vernünftigen Erwägungen durchaus zugänglich. Nur verlangt die klare Erkenntnis der Sachlage ein anderes Vorgehen, als es von den Verantwortlichen der allgemeinen und unbedingten Verlängerung der Arbeitszeit zurzeit eingeschlagen wird.

Warum sollte es unmöglich sein, in gemeinsamen Beratungen zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern Mittel und Wege zu finden, die zur Ausmerzungen parasitärer Wirtschaftsexistenzen führen? Warum sollte es unmöglich sein, die Höhe der von den Betrieten auszusüttenden Gewinne zu beschränken, und statt dessen die zur Inangriffnahme der wirt-

schaftlichen Lebens und für die seelische Verbollkommnung der Betriebsführung notwendigen Rücklagen zu machen? Warum sollte es unmöglich sein, sich darüber klar zu werden, daß die Monopolstellung sowohl der syndizierten Gewerbe und Industrien wie auch von Arbeiterchaften zu falschen Preis- und Lohnerhöhungen und in deren Folge zu Arbeitsertragsverminderungen führt. Stärkstens hat das Unternehmertum gesündigt, indem es den Profit, der ihm aus der Preisregulierung der Preiskonventionen, Kartelle und Syndikate erwuchs, höher schätzte, als den Arbeitsgewinn aus gesteigerter Produktion. Und nicht minder stark ist die Verjüngung an der Wirtschaft durch die mangelhafte Vorseorge an berufsständigem Wachstum in sehr vielen unentbehrlichen Arbeiterschaften. Ueber alles das muß zwischen Arbeitgebern und Arbeitern offen und frei geredet werden. Sinnlos wäre ein Bestreben, die Arbeiterschaft von der Beratung solcher Fragen ausschalten zu wollen oder zu glauben, die Arbeitgeber brächten es schon allein fertig, die Wirtschaft neu zu ordnen. Dazu mangelt ihnen leider noch zu sehr der neue Geist. Aber für die Einsichtigen unter ihnen ist die Stunde der Entscheidung nahe, wo sie sich zum gemeinsamen Handeln mit der Arbeiterschaft entschließen müssen.

Von der Arbeitsgemeinschaft, die schon einmal in Stunden höchster Gefahr die deutsche Wirtschaft vor dem Chaos rettete, muß man wohl zuerst erwarten, daß sie handelt. Und wenn ihr Beschluß und ihr praktisches Handeln so ausfällt, daß all den Notwendigkeiten Rechnung getragen wird, die oben angedeutet wurden, und die zu erfüllen in der eigenen Macht des produktiv schaffenden deutschen Volkes liegen, dann ist schon heute dafür zu garantieren: Der Achtstundentag wird von der Arbeiterschaft allenthalben dort von selbst beseitigt werden, wo diese Arbeitszeit nicht ausreicht, um die für unser Volk notwendige Erzeugung zu schaffen!

Das Problem der Produktionssteigerung ist, soweit die Arbeiterschaft dabei in Frage kommt, unmöglich zu lösen durch eine mechanische Verlängerung der Arbeitszeit als Folge der Anwendung von Zwangsmaßnahmen. Nur wenn im schaffenden Arbeiter der Mensch erkannt wird mit seinem auf die Befriedigung höherer Werte gerichteten Sehnen und Streben, mit dem Streben nach Wahrheit und Gerechtigkeit, dann ist der Weg zum Ziele zu finden. Die neue Zeit, und mit ihr das Produktionsproblem, sie verlangen nicht nur Wirtschaftskunde, sondern auch Seelenkunde. Das sollte man beherzigen!

### Die Bauunternehmer zu den Lebensfragen unseres Gewerbes

Der Ernst der Lage des deutschen Baugewerbes, die Gefahr, daß im kommenden Jahre der weitest größte Teil der Angehörigen dieses Gewerbes beschäftigungslos sein wird, hätte doch, wie man annehmen sollte, alle Leute auf den Plan rufen müssen, denen das Wohl und Wehe unseres Berufes am Herzen liegt. Seitens der Arbeiterschaft und ihrer Vertreter ist auch in der Tat alles geschehen, um die Verantwortlichkeit auf die hier drohenden Gefahren aufmerksam zu machen. Das gleiche kann man nun den Vertretern und Sachwaltern des privaten Baugewerbes jüchtlich nicht behaupten. Das kann eigentlich niemandem übersehen, denn oft genug ist schon früher von unparteiischer Seite der Unternehmerschaft des Baugewerbes ihre Gleichgültigkeit und mangelnde Unternehmungsfreudigkeit gerade bezüglich der tieferliegenden organisatorischen Fragen unseres Gewerbes zum Vorturf gemacht worden.

Einer der besten Kenner des deutschen Baugewerbes ist der bekannte ehemalige Syndikus des Wirtschaftsbundes für das Hamburger Baugewerbe, der Dr. jur. Delmonante-Hamburg. Dieser kennzeichnete schon im August dieses Jahres die dem Baugewerbe bevorstehende Kata-

strophe sehr treffend und beschwor die Unternehmerschaft, so lange es noch Zeit wäre, zur Selbsthilfe zu greifen. In einem Artikel „Kapitalnot und Baugewerbe“ („Bau-Mundschau“, Hamburg, Nr. 15) fasste er das bisherige Ergebnis seiner Bemühungen dahingehend zusammen:

„Als wir an dieser Stelle vor nunmehr etwa zwei Jahren das Gespenst der Kapitalnot für das Baugewerbe an die Wand malten, und zwar auf einer Basis, die den damals nur etwa zehnfach gestiegenen Preisen entsprach, hat man in den Kreisen des Baugewerbes die daran geknüpften Mahnungen auf Einleitung einer Selbsthilfe in den Wind geschlagen. Inzwischen konnten wir wiederholt darauf hinweisen, daß die Lage der deutschen Wirtschaft immer kritischer geworden ist und daß sich das auch für das Baugewerbe auswirken würde. Trotzdem sind von den Wirtschaftsverbänden des Gewerbes, sowohl von den handwerklichen als auch von den industriell aufgezogenen, irgendwelche Maßnahmen nicht erfolgt. Das wird sich in Kürze als ein großer Fehler erweisen, weil die Bautätigkeit immer mehr eingeschränkt werden muß, somit das gesamte Gewerbe Gefahr läuft, völlig stillgelegt zu werden. Es ist vielleicht schon zu spät, aber selbst späte Hilfe kann noch Unheil abmenden.“

Die Gründe für dieses Verlagen deutet Delmonte vorzüglich an, wenn er fragt: „Können sie (nämlich die Unternehmer, D. Red.) nicht den Mut zur Tat finden, nicht das Mißtrauen, das sie gegeneinander hegen, überwinden, um ihr Gewerbe und damit ihre Existenz zu schützen?“ Weiter unten wird er noch deutlicher: „es scheint aber an unternehmungsfreudigen Köpfen zu fehlen.“

Das, was Delmonte hier an den Vertretern des privaten Baugewerbes kritisiert, das trifft in vollstem Maße zu auf die Stellung des Unternehmertums zu der gegenwärtigen gefährdenden Lage des Baugewerbes.

Heute ist sich jedermann darüber klar, daß die beiden Hauptfragen, von deren richtiger Lösung unsere Zukunft abhängt, einmal die Frage der Finanzierung der Neubautätigkeit und dann vor allem die Frage der Bekämpfung und Unterbindung des Baustoffwuchers sind.

Wenn man die Presse der Bauunternehmerschaft durchblättert, kann man sehr lange suchen, bis man auf irgendwelche positiven Vorschläge hinsichtlich der Finanzierung stößt. Ja, es hat fast den Anschein, als ob man der Erörterung dieser Frage überhaupt geflissentlich aus dem Wege ginge. Man will, wie es scheint, dieses heisse Thema deshalb vermeiden, um gegenüber den Hausbesitzern, der Landwirtschaft, überhaupt allen fanatischen Anbetern der „freien“ Wirtschaft beileibe nicht den Anschein zu erwecken, als ob man die Fortführung des war einmal beschränkteren Weges in unserer Wohnungswirtschaft — von dem man eben nicht ab kann, ohne die Fortführung des Wohnungsbaues auf das äußerste zu gefährden, — überhaupt für möglich hielt.

Im wesentlichen beschränkt man sich also auf eine rein negative Kritik, denn auch die damit verbundenen Gegenvorschläge erheben sich kaum über das Niveau der Phrase. Die „Bauzeitung“ bezeichnet in ihrer Nr. 45 die Wohnungsabgabe als einen „Selbstbetrug“ insofern, als die Vorbedingung zu ihrer Vergabe neue Lohn- und Gehaltsforderungen sein werden. Sie glaubt bezüglich der Erhöhung der Wohnungsabgabe, „nur dann an den gewünschten großen Erfolg, wenn es gelingt, der Lohn- und Gehaltspolitik sowie dem Gewinnstreben wieder eine gesunde Richtung dahin zu geben, daß die Verantwortlichen die Deckung ihrer Ausgaben für die Ausgaben und überhaupt durch Mehrleistung und Einschränkung suchen.“ Soweit sich diese Mahnung

an die besitzenden Kreise richtet, können wir der „Bauzeitung“ nur voll und ganz zustimmen. Wenn man dort zu den notwendigen Einschränkungen des Verbrauches und des vielfach schamlosen Luxus sich entschließen könnte, würden schon riesige Summen zusammen kommen, doch wir glauben nicht sehr an den Erfolg einer derartigen Mahnung. — Mehr aber als die besitzenden Kreise hat die „Bauzeitung“ die Arbeiter- und Angestelltenchaft im Auge. Denen aber hatte die Einschränkung predigen zu wollen, ist einfach blutiger Wahn. Der Maurer, der heute in der ganzen Woche kaum noch einen einzigen Dollar verdient, und dessen Kaufkraft heute kaum noch den 5. Teil der Vorkriegszeit ausmacht, kann sich heute einfach nicht weiter einschränken, oder aber er muß buchstäblich hungern. Und ähnlich ist es mit dem Vorschlag der Mehrleistung. In welchem Gewerbe — vielleicht mit Ausnahme des Bergbaues — kann man denn heute noch Mehrleistungen (in Form verlängerter Arbeitszeit!) der Arbeiterchaft empfehlen, die heute schon Tausende ihrer Arbeitskollegen wegen Arbeitsmangel auf der Straße liegen oder verfürt arbeiten sieht, und die fürchten muß, daß ihnen in Bälde Hunderttausende folgen! — Mit diesen beiden Vorschlägen ist es also nichts, sie entpuppen sich bei näherem Zusehen als Phrasen.

Und nicht viel anders ist es mit dem dritten Vorschlag, auf den die „Bauzeitung“ riesig stolz zu sein scheint, und der dahin geht, die Mittel für den Wohnungsbau durch eine Sonderbesteuerung der Jugendlichen aufzubringen. Am 10. Oktober wurde vom Rheinisch-westfälischen Ausschuss zur Förderung des Wohnungsbaues der Vorschlag des Leiters der Wirtschaftsabteilung des Rheinisch-westfälischen Bauerverbandes, des Herrn Werner, angenommen, der fordert: „Einzichung eines Teiles des Verdienstes der Jugendlichen (von etwa 16—22 Jahren) zum Wohnungsbau.“

Auf diesen Vorschlag braucht sich in der Tat die „Bauzeitung“ nicht allzuviel einzubilden. Mit welchem Rechte gebietet die „Bauzeitung“ den Vorschlag dieser Sonderbesteuerung einer ganz bestimmten Schicht von Menschen zu begründen? — Herr Werner gibt uns die Antwort darauf: „Und wo ist Geldüberschuß? Bei den meisten Jugendlichen. Jeder Kenner der Verhältnisse wird dieses bestätigen, und jeder vernünftige Deutsche wird mit Bedauern feststellen, daß der größte Teil der Jugendlichen sich eine Lebenshaltung gewöhnt und angewöhnt hat, die einem verarmten Volke weder ziemt, noch nützlich ist.“

Wir wollen ganz von der maßlosen Liebertreibung absehen, daß der größte Teil der Jugendlichen sich eine so luxuriöse Lebensart angewöhnt habe. Wir geben gern zu, daß es, wie in jedem Stande, so auch unter den jugendlichen Arbeitern Elemente gibt, die ihr Geld zum Fenster hinauswerfen. Aber abgesehen davon, daß das nur ein ganz verschwindender Teil ist, muß doch auch betont werden, daß selbst diese Jugendlichen bei einem Wochenlohn, der kaum 1/4 Dollar durchschnittlich betragen dürfte kaum große Sprünge machen können. Den größten Teil ihres Lohnes brauchen sie eben für ihres Lebens Notdurft, und mit dem kleinen überschüssenden Teil unterhält wohl die Mehrzahl unserer jungen Arbeiter ihre schwer darbedende Familie oder aber macht einige notwendige Anschaffungen an Kleidungsstücken, Wäsche usw., Dinge, die sie sich, wenn sie einmal verheiratet sind, einfach nicht mehr anschaffen können.

Wenn die „Bauzeitung“ mit diesem Gedanken einer Sonderbesteuerung spielt, so möge sie nur daran denken, daß man den Spieß mit weit größerem Rechte umdrehen kann. Wir sind vollkommen einer Meinung mit der „Bauzeitung“, wenn sie die Mittel für den Wohnungsbau da herholen will, „wo Geldüberschuß ist“. Dann braucht sie sich aber wahrlich nicht an die deutsche Arbeiterchaft zu wenden, sondern an jene Kreise, die trotz

unserer ungeheuren Not es glänzend verstehen, ihr Real Einkommen nicht nur zu befestigen und zu erhalten. Wir denken da an große Kreise der Landwirtschaft, der Industrie, des Handels und der Börseleute, wo von Geldmangel weiß Gott keine Rede sein kann, sondern wo zur Befriedigung jedes noch so wahnsinnigen Luxusbedürfnisses Geld in Fülle und Fülle zur Verfügung steht. — Wie hätten mal das Geschrei der „Bauzeitung“ anhören mögen, das sie über die „Vergewaltigung des Privateigentums“ erhoben hätte, wenn wir einen derartigen Vorschlag gemacht hätten.

Wenn man von der Presse der Unternehmer sagen kann, daß sie zur Finanzierungsfrage sich wenigstens — wenn auch in durchaus negativem Sinne — geäußert hat, so kann man ihr noch nicht einmal dieses Wenige bezüglich der Frage der Bekämpfung des Baustoffwuchers zubilligen. Dazu haben sich die Unternehmer überhaupt nicht geäußert! — Und doch ist das eine Frage von der allerhöchsten Bedeutung, von deren Lösung die Zukunft unseres Gewerbes entscheidend beeinflusst wird. Wie soll man sich dieses Schweigen deuten? Will man im Unternehmerlager die Existenz dieses Baustoffwuchers etwa leugnen, heute wo das Rundholz bereits das 3000fache der Friedenspreise und Ziegelsteine bis zu 25 000 das Tausend kosten? Oder aber will man das Vorgehen des Baustoffwuchers etwa decken? Beides erscheint uns, vom Unternehmerstandpunkt aus gesehen, so kurzfristig, daß wir nicht daran glauben können. Denn der Unternehmer, der so dachte, würde sich sein eigenes Grab schaufeln. Der Baustoffwucher ist es, der die Hauptschuld am Zusammenbruch des Baugewerbes und damit am Ruin jedes einzelnen Bauunternehmers trägt.

Die einzige Erklärung, die wir uns für dieses jenerbare Verhalten des privaten Baugewerbes geben können, liegt darin, daß man dort weder den Mut noch die Unternehmungsfreudigkeit besitzt, gegen diese die Zukunft des ganzen Gewerbes in höchstem Grade gefährdenden Zustände anzugehen. Und das ist tiefbedauerlich und stellt unserem deutschen Bauunternehmertum kein sehr günstiges Zeugnis aus.

Die deutsche Bauarbeiterchaft aber möge sich völlig darüber klar sein, daß ihre privaten Arbeitgeber keinen Finger rühren, um die drohende Katastrophe des Baugewerbes abzuwenden, und daß wir, auf uns allein gestellt, unsere ganze Kraft aufwenden müssen, um unserem Gewerbe über die drohenden Klippen der nächsten Zeit hinwegzuhelfen.

## Eine Verlegenheitsgeste

In ihrem Heft 43 bringt die „Bauwelt“ einen Artikel, der zwar mit seiner Ueberschrift „Selbstbewertung und soziale Baubetriebe“ in einem sehr losen Zusammenhange steht, dafür aber so ziemlich alle bekannten Anwürfe gegen die sozialen Baubetriebe wiederholt. Folgende Abhandlung des Verfassers über die „Solidarität“ in den sozialen Baubetrieben macht den Artikel für uns interessant:

„Wir haben gewerbliche Unternehmen herauskommen sehen, in deren Grundmauern die Solidarität einer der schwersten Quader ist — die sozialistischen Baubetriebe. Der Gedanke ist schön: eine große Schaar tüchtiger Männer, die den rechten Preis ihrer Arbeit genießen wollen, sonst aber für die Allgemeinheit, für die Güte und Schönheit des Werkes arbeiten. Eigenständiges Streben für den eigenen Ruhm wird verdrängt durch Kämpfen um die wertvollere, also auch verantwortungsvollere und schwerere Arbeit, nur Freude an sinnvollem Schaffen spornet zur höchsten Leistung, freudig ordnet sich der Jüngere oder

ausländischen Devisen zur Bezahlung der fälligen Reparationssummen gestaltet sich immer schwieriger. Ebenso schwierig erweist sich die Einfuhr der für unser Land so notwendigen Rohmaterialien und Rohstoffe. Alles in allem genommen, geht es uns immer schlechter.

Ist nun unter den immer von neuem auf uns niederschauenden Keulenschlägen unserer Feinde eine Annäherung, ein einträchtiges Hand-in-Handarbeiten der einzelnen Volksgenossen und Volksschichten zum Zwecke des leichteren Tragens der gemeinsamen Last eingetreten? O nein, das Gegenteil ist der Fall. Stärker als je zuvor treiben Klassenhaß und Klassenkampf ihre giftigen Blüten. Neberall drängt blinder Egoismus und Neugiergeist sich vor. Einer sucht den anderen zu überborteln, um sich einen möglichst hohen Gewinn (Gewinn aus unserem Unglück!) zu sichern. Vergebens kämpft unsere Regierung gegen die Auswüchse an. Vergebens kämpft sie aber auch gegen die Bestrebungen gewisser Kreise, auf dem Wege der Gewalt das alte Regime wieder zu errichten. Einer schamlosen Hege ist es zuzuschreiben, daß im vergangenen Jahre der Staatsmann Erzberger einer Kugel zum Opfer fiel. Ihm folgte nach kaum Jahresfrist der Reichsminister Rathenau. Der Ministermord ist zum politischen Kampfmittel geworden. Diese und ähnliche Ereignisse auf politischem und wirtschaftlichem Gebiete lassen die Volksschichten nicht zur Ruhe kommen, sondern bringen sie immer von neuem zum Kochen. Es wird wohl auch künftig noch manche Belastungsprobe auszuhalten sein, bis unser deutsches Volk wieder ruhigere Zeiten erlebt.

Aufgabe eines jeden ernstdenkenden Deutschen sollte es aber sein, unter Ausbietung aller Kraft an der Festigung unserer inneren Verhältnisse mitzuwirken. Eine innere Gesundung keine Erleichterung unserer außenpolitischen Lage. Gewiß, unsere gegenwärtige Lage und nächsten Zukunftsaussichten sind für optimistische Hoffnungen wenig günstig. Wir dürfen dennoch nicht verzweifeln, sondern müssen alle unsere Kraft aufbieten, damit auch unserem zusammengebrochenen Vaterlande in absehbarer Zeit wieder die Vorgentöte einer glückverheißenden Zukunft am politischen Himmel Europas erschraut. Dazu bedarf es aber der Mitarbeit aller Deutschen!

Prof. Gintz

## Zeitgemäße Rückblicke

Seit dem deutwürdigen 2. August 1914 sind gewaltige Stürme über unser deutsches Vaterland dahingebraust. Einmal ging helle Begeisterung durch alle deutschen Gauen. Ein glühender Betteiler, verbunden mit heißer Vaterlandsliebe, befeuerte jedes Deutschen Brust, und Millionen eilten zu den Fahnen, um die bedrohte Heimat zu beschützen. Fürwahr, Deutschland erlebte damals einen großen, erhabenen Augenblick in seiner Geschichte, und nicht ohne Sehnsucht lassen wir jene Zeit der heiligen Begeisterung an unserem geistigen Auge vorüberziehen. Es vergingen Wochen und Monate voll ungezählter deutscher Heldentaten; es kamen aber auch für manche Deutsche trübe, lange Stunden: die Verjagung um die Geliebten da draußen. Und in Tausende von deutschen Familien zog jüde Trauer ein, da der Gatte und Vater, der Sohn und Bruder oder der Verlobte als Opfer des Krieges ihr Leben ließen. Allmählich gestellte sich zu diesen traurigen Geschehnissen des Völkerdramas auch die Sorge um die Ernährung des deutschen Volkes. Von der Regierung wurde die Zwangswirtschaft eingeführt, um die Sicherstellung der nötigen Bedarfsmittel für die menschliche und tierische Ernährung zu gewährleisten. Man kann persönlich bei dieser Maßnahme der damaligen Regierung stehen, wie man will. Tatsache ist, daß die Zwangswirtschaft, trotz ihrer großen Schattenseiten, uns in den Staub setzte, aber vier Jahren einer Welt von Feinden zu trotzen. Hierbei muß noch gesagt werden, daß unsere führenden Staatsmänner gerade nicht die schlechtesten Diplomaten waren; denn sonst müßten sie gar bald einsehen, daß wir auf die Dauer dieser gewaltigen Uebermacht nicht standhalten konnten. Ganz kam das schmerzliche Zwischen im Geiste selbst, verbunden mit der unangenehmsten Behandlung und länglichen Verpflegung der gemieteten Soldaten. Der von der Front nach der Etappe kurze Zeit zur Erholung und Ruhe kam und das ständliche Gebären wieder Etappenwesen mit ansetzen mußte, dem mußte unwillkürlich der Gedanke kommen: „Kann Deutschland unter solchen Umständen durch die Waffen das Schicksal für sich entscheiden?“ Mitunter nahm das allgemeine Interesse für die gemeinschaftliche Sache merklich ab. Aber behalte sich: der wachte sich „gesund“, so gut es

ging. Dazu wurde den gewissen Kreisen politische Stimmung gegen das Bestehende gemacht, und es kam im November 1918, wie es zu erwarten war. Deutschland brach physisch und moralisch vollständig zusammen. Der schreckliche, blutige Krieg war für Deutschland völlig verloren. Seine Heere sturten, wenn auch nicht im Felde besieg, aber demütig und erschöpft nach Deutschland zurück. Nicht Kopf- und planlos, sondern in guter Ordnung marschierten 8 Millionen deutscher Krieger über den Rhein und die Weichsel, der lange verteidigten Heimat zu. Und was spielte sich hier ab? Anstatt das unabweidbar Gewordene mit aufeinandergebissenen Zähnen Mobbentagen wahrer Anarchie. „Revolution und Freiheit!“ hieß die Parole. Von einer Handvoll deutscher Ratsoren wurde das unter der Oberfläche glimmende Feuer zum Ausbruch gebracht. Alle Macht und Ordnung schien mit einem Male auszufließen. Der alte Obrigkeitssinn wurde mit spontaner Wucht hinweggejagt. An seine Stelle traten die sogenannten „Vollbeauftragten“. Arbeiter- und Soldatenräte bildeten sich allorts und versuchten teils mit, teils ohne Erfolg das Chaos wieder zu ordnen. Die im Januar 1919 gewählte Nationalversammlung bestimmte eine rechtmäßige Regierung, bestimmte aber auch die Bevollmächtigten zum Abschluß des Friedensvertrages. Hatte der Waffenstillstand uns schon schwere Bedingungen auferlegt, so überbot der Friedensvertrag von Versailles diesen an schreienden Ungeheuerlichkeiten. Mit dem Verlust von Elbaf-Vorbringen hätte das deutsche Volk sich schließend, wenn auch schwerem Herzen, abgefunden. Aber die Wutrennung Oberschlesiens, Westpreussens und anderer ferndeutscher Gebiete schien doch jedem, auch dem zurückhaltendsten Deutschen, unerträglich. Ein einziger Schrei der Empörung ging durch die deutschen Lande und machte sich in großen Protestversammlungen Luft. Es war alles umsonst. Der Feindbund, vorab das rachsüchtige Frankreich, war nicht zu bewegen, von dem brutal-gewalttätigen Handeln abzulassen. Und so gingen große Gebiete urdeutscher Landes uns verloren. Die Folge davon war, daß die wirtschaftliche und politische Lage Deutschlands sich von Tag zu Tag trostloser gestaltete. Unsere Selbstverwertung schreitet beinahe täglich weiter vor. Die Einfuhr der nötigen

weniger Umsichtige und Erfahrene dem Führer unter, mit einem Wort, Gelmenschen in jeder Beziehung strömen zusammen, nicht um des Gewinns aus der Arbeit willen, sondern um der Arbeit selber willen, die allerdings des Leibes Nahrung und Notdurft abwerfen muß. Diesen Gesellschaften, in denen die Solidarität auf dem Gipfelpunkt liegt, würden dann auch aus den Geschäftsgewinnen die nötigen Geschäftskapitalien rasch erwachsen. Hohe Geschäftsgewinne glaubte man aus hochwertiger Arbeit ziehen zu können, die ja nicht mehr um der Entlohnung willen, sondern aus sittlichem Empfinden geleistet wurde.

Es ist anders gekommen. Es zeigte sich, daß die Menschen in den Bauhütten im wesentlichen die gleichen sind, wie außerhalb, nicht schlechter, aber auch nicht besser. So wesentlich mehr Arbeiter der leistungsfähigsten und arbeitstüchtigsten Schicht in die Bauhütten übergetreten sind, oder ob sie wesentlich mit dem gleichen sogenannten Menschennaterial (eine schenksche Benennung unserer Zeit!) arbeiten müssen wie private Unternehmer, mag unentschieden bleiben. So sind denn auch die Leistungen, technisch oder künstlerisch angesehen, nach allen glaubhaften Berichten, die gleichen wie in gutgeleiteten privaten Betrieben. Auch ob der einzelne Arbeiter mehr in der gleichen Zeit geleistet hat, ist fraglich. **Diese Mehrleistungen waren die größte Gefahr für die privaten Betriebe.** Sie scheinen aber unerheblich zu sein oder werden durch Minderleistungen an anderer Stelle ausgeglichen. So ist denn ein Vorteil für die Erzeugung nicht nachgewiesen. Auch die Senkung der Preise, die sich die Bauhütten zuschreiben, dürfte nicht nachzuweisen sein; da für Preisbewegungen sehr viele verschiedene Gründe vorliegen können. Mißbräuche können aber wohl einmal durch die Bauhütten abgestellt worden sein.

Wir bescheinigen dem Verfasser gern, daß er im ersten Teil der vorstehenden Darlegungen ein ziemlich zutreffendes Bild des idealgezeichneten Genossenschaftlers gezeichnet hat. Unstreitig ahnte er, wo die tiefste Begründung der Existenzberechtigung und des Aufstieges der sozialen Baubetriebe ruht.

Seltener jedoch muten die Folgerungen an, die er dann zu ziehen sich berechtigt glaubt. Hierzu wollen wir nicht schweigen, selbst auf die Gefahr hin, dem Artikelverfasser und allen, denen er durch seine Ausführungen Trost in dieser harten Zeit spenden wollte, herbe Enttäuschungen bereiten zu müssen.

Anerkennungsschreiben der verschiedensten Behörden und Privatpersonen über die preisverbilligende Tätigkeit der sozialen Baubetriebe stehen in Mengen zur Verfügung. Sie sind nicht weg zu diskutieren, auch mit den gewagtesten und spitzfindigsten Mitteln nicht. Es lebt aber auch — und das festzustellen ist besonders wichtig — in den Kreisen der Arbeiter und Angestellten einer Bauproduktivgenossenschaft mehr und mehr der lebendige Glaube an die Ideale wie auch an die Ziele der Genossenschaftsbewegung. Daraus resultiert eine statistisch jeder Zeit belegbare Opferfreudigkeit, die sich in Mehrarbeit und Höchstleistungen kund tut und jene „Gefahr“ für die privaten Bauunternehmer herausbeschwört, die der Artikelverfasser gerne als überwunden bezeichnen möchte. Wie anders, als durch größte Opferfreudigkeit aller Beteiligten hätten sich die sozialen Baubetriebe durchsetzen können, zumal in diesen Zeiten der Wirtschaftsumsäherheit, die gerade im privaten Baugewerbe in letzter Zeit viele Unternehmerrisiken vernichtet.

Der Reichsverband deutscher Bauproduktivgenossenschaften darf, soweit die ihm angeschlossenen Genossenschaften in Frage kommen, betonen, daß es trotz Geldentwertung und wirtschaftlicher Genamnisse überall entschieden vorwärts geht, ohne daß ein Betrieb auch nur vorübergehend in seiner Existenz gefährdet gewesen wäre. Mit jedem Jahr aber wird es deutlicher werden, ob die privaten Baubetriebe ihrerseits den Konkurrenzkampf bestehen können, den ihnen die sozialen Baubetriebe auferlegen mußten, wollten sie einmal ernst machen mit ihren Wünschen nach Reform im Wirtschaftsleben.

## Allgemeine Rundschau

### Die Gewerkschaften zum Kampfe gegen den Achtstundentag

Die vier Spitzenverbände der Gewerkschaften sandten am 4. November eine Vertretung zum Reichsarbeitsminister, um ihm ihre Stellungnahme zur gegenwärtig viel erörterten Frage der Arbeitszeit und ihrer gesetzlichen Regelung darzulegen. Die Gewerkschaftsvertreter betonten, daß sie durch eine einseitige Behandlung der ganzen Frage auf Seiten der Unternehmer zur Klärung ihres Standpunktes genötigt seien. Sie verwarfen sich mit allem Nachdruck gegen die Annahme, daß sei die Steigerung der Produktion lediglich eine Frage der Arbeitszeit. Sie werde vielmehr bedingt durch die verschiedensten Faktoren. Insbesondere müßten die Unternehmer selbst durch die Art ihrer Wirtschaftspolitik mehr als bisher produktionsfördernd wirken. **Die heutige Politik der Kartelle und Erbsis verhindere tatsächlich die volle Ausnutzung der Produktivkraft und schädige die Lebenshaltung des deutschen Volkes.** Sehr zu beklagen sei, daß auch die technischen und organisatorischen Möglichkeiten der Produktionssteigerung nicht genügend ausgenutzt würden. Die Gewerkschaften seien der Überzeugung, daß es zur Steigerung der Produktivität keines Abweichens vom Grundgedanken des Achtstundentages bedürfe. Auf diesem Boden seien die Gewerkschaften durchaus bereit, bei gleichzeitiger Anwendung aller anderen produktionsfördernden Maßnahmen ihre Mitwirkung zu einer möglichst ergiebigen Ausnutzung der Arbeitszeit zu geben und zu ihrer Anpassung an die durch Zeit und Umstände bedingten besonderen Bedürfnisse der Gesamtwirtschaft. Die Gewerkschaften mü-

### Um 18. Novbr. 1922 ist der siebenundvierzigste Wochenbeitrag für das Jahr 1922 fällig.

Es ist, daß die schwebende Arbeitszeitgesetzgebung dem Rechnungsträger dadurch, daß sie sich grundsätzlich auf den Boden des Achtstundentages stelle, gewisse Ausnahmen für Notfälle vorsehe, aber im übrigen es den Tarifverträgen überlasse, den Besonderheiten der wirtschaftlichen Lage im Interesse des Gesamtwohlens Genüge zu tun. In diesem Zusammenhang ersuchen die Gewerkschaften eine möglichst gleichzeitige Verlegung und Veraltung der Arbeitszeitgesetze mit dem Tarifgesetz, dem Arbeitszeitgesetz und der Schlichtungsordnung notwendig.

Der Reichsarbeitsminister begrüßte diese Aussprüche und betonte, daß die Reichsregierung durchaus entschlossen sei, die sozialpolitischen Belange der Arbeitnehmer auf dem Gebiete der Arbeitszeit zu wahren. Ebenso ernst sei aber die Verpflichtung der Regierung, alles zu tun, um die deutsche Wirtschaft, das deutsche Volk und das Reich vor dem Zusammenbruch zu bewahren. Das sei zwar in erster Linie eine Aufgabe der Außenpolitik, erfordere aber andererseits auch alle erdenklichen Anstrengungen im Inneren; nur das Volk, das seine eigenen Kräfte regelt und ausnützt, habe Anspruch auf die Achtung und die Hilfe des Auslandes. Er hoffe, daß es, wie bisher, einer Verständigung zwischen Regierung und Arbeiterchaft gelingen werde, alle diese Gesichtspunkte zur Geltung zu bringen.

### Parteilosigkeit neutral?

In Sachen sind soeben Landtagswahlen vorgenommen worden. Statt die so oft betonte parteipolitische Neutralität zu üben, stellten die „freien“ Gewerkschaften ihren ganzen Apparat im Lande auf die Wahlhilfe für die Vereinigte sozialdemokratische Partei ein. Der jährliche Landesauschuss des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes forderte in einem Rundschreiben die örtlichen Gewerkschaftsleitungen auf, Versammlungen für die D. S. D. einzuberufen, das Wahlmaterial zu verbreiten, Wahlplakate herzustellen und zu vertreiben, Wahlgelber zu sammeln und für die Abgabe der Stimmen im sozialdemokratischen Sinne zu werben. Unterstützt wurde die Wahlarbeit der Sozialdemokratie auch durch die Preise der freien Gewerkschaften. So forderte z. B. die „Metallarbeiter-Zeitung“ gleich anderen Gewerkschaftsorganen die Arbeiter und Arbeiterinnen Sachsen auf, bei der Wahl am 5. November den sozialdemokratischen Kandidaten ihre Stimme zu geben.

Wer jetzt noch nicht weiß, wie parteipolitische Neutralität aussieht, dem ist nicht zu helfen.

### Einseitige Wirtschaftspolitik

Der Reichstagsabgeordnete und Vorsitzende des Bauhandbundes, Dr. Kießer, tritt im neuesten Heft der „Wirtschaftlichen Nachrichten aus dem Ruhrgebiet“ für eine aktive Wirtschaftspolitik ein. Er stellt dafür Forderungen auf, die für die Produzenten verlangen: Aufhebung oder doch Ermäßigung der Ausfuhrabgaben, Zugestehung des Wiederbeschaffungspreises und überhaupt Schutz der gewerblichen und landwirtschaftlichen Produktion. Opfer werden nur von den Arbeitnehmern verlangt: Lohnerhöhungen sollen an die Sicherung größerer Arbeitsleistungen geknüpft und natürlich die Arbeitszeit anderweitig geregelt, d. h. verlängert werden. Ihm erteilt die „Handelszeitung des Berliner Tageblatts“, also ein gewis unerbächtig Zeuge, die folgende erfreulich deutliche Antwort:

„Dieses Programm der aktiven Wirtschaftspolitik, das zum Teil berechtigte, wenn auch leider zu sehr in die Form von allgemeinen Schlagworten gekleidete Forderungen enthält, ist in seiner Zusammenfassung von jener Einseitigkeit, die fast alle Programme industrieller Kreise kennzeichnet. Charakteristisch für diese Einseitigkeit ist es, daß das Programm nur Forderungen aufstellt, deren Erfüllung dem Produzententum zugute kommen würde, daß es hingegen konkrete Opfer und Zugeständnisse nur von den Arbeitnehmern verlangt. Wir haben bereits bei öfteren ausgeführt, daß solche Zugeständnisse von beiden Seiten notwendig sind. Aber wir vermissen in den Darlegungen des Herrn Dr. Kießer und in denen der übrigen Industrievertreter jeden Hinweis darauf, ob das Produzententum zu irgendwelchen positiven Leistungen im Interesse der gesamten Volkswirtschaft bereit ist, ob es geneigt ist, auf die in dieser Hinsicht bereits gemachten Vorschläge einzugehen, oder ob es sie durch andere ihm zweckmäßiger erscheinende Vorschläge ersetzen will. Die Ermäßigung oder Aufhebung der Ausfuhrabgaben, die Anerkennung des Grundpreises der Wiederbeschaffungspreise würden zunächst nur die Wirkung haben, die Einnahmen der Produzenten zu erhöhen und ihnen die Substanzhaltung zu erleichtern. Solange eine Stabilisierung des Marktwertes nicht erreicht ist, würde z. B. die Anerkennung des Grundpreises der Wiederbeschaffungspreise dazu führen, den Preisanzwachs zu steigern. Die deutsche Mark ist ja nicht Gradmesser der privatwirtschaftlichen Substanzhaltung, sondern Gradmesser der gesamten Volkswirtschaftlichen Lage und des Staatskredits. Solange keine Gewähr dafür geboten ist, daß die privatwirtschaftliche Substanzvermehrung (durch Produktionssteigerung, Ausfuhrsteigerung und Rationalisation auf Grundlage der Wiederbeschaffungspreise) der gesamten Volkswirtschaft und dem Staatskredit irgendwie zugute kommt, und solange die Gefahr besteht, daß die auf diese Weise erzielten Mehrerlöse wieder nur zur privatwirtschaftlichen Substanzakkumulation in Form gehäufelter Sachwerte und Devisen führen, bleibt ihr Nutzen für die Mark fragwürdig. Es ist an der Zeit, daß die

Produzentenkreise endlich damit aufhören, Forderungen nur an andere zu stellen und dazu übergehen, Vorschläge darüber zu machen, wie sie selbst die Bewertung der von den anderen geforderten Leistungen im Sinne der Stabilisierung sicherstellen wollen.“

### 8000 Mark Geschäftsanteil — in einer Konsumgenossenschaft

Von der außerordentlich rührigen Konsumgenossenschaft „Eintracht“ in Sünken wird der Bericht über die soeben stattgefundenen ordentliche Generalversammlung verfaßt, der ein sehr erfreuliches Bild von der Entwicklung der Genossenschaft entrollt. So traten im vergangenen Geschäftsjahre 3480 neue Mitglieder der Genossenschaft bei, während nur 280, meist durch Tod, auswichen. Die Gesamtmitgliederszahl beträgt somit heute ca. 17 000. Der Umsatz im Berichtsjahre belief sich auf über 93 Millionen Mark. Dazu wurden 20 neue Abgabestellen errichtet, so daß sich die Zahl der Filialen auf 83 beläuft.

Seitens der Verwaltung war der Antrag gestellt worden, den Geschäftsanteil auf 8000 Mark zu erhöhen. Die Versammlung ging weit darüber hinaus und beschloß nahezu einstimmig, den Geschäftsanteil unter Festlegung bestimmter Einzahlungsfristen auf 8000 Mark und das Eintrittsgeld auf 100 Mark zu erhöhen. Bei voller Einzahlung des Anteils innerhalb bestimmter Fristen wurden für die Mitglieder Prämien von 500, 300 und 200 Mark festgesetzt.

Ein derartiges Vorgehen, wie es in dieser großen Opferwilligkeit der Mitglieder zum Ausdruck kommt, gilt uns als ein erfreulicher Beweis echten und wahren Genossenschaftsgeistes. Die Mitglieder der „Eintracht“, die sich hauptsächlich aus christlichen Gewerkschaftlern — darunter viele Mitglieder unseres Verbandes — zusammensetzen, haben damit gezeigt, daß es ihnen Ernst ist mit der Förderung der christlichen Genossenschaftsbewegung. Die Größe und Tragweite des Beschlusses kommt erst dann voll zur Geltung, wenn man bedenkt, daß auf Grund dieser beträchtlichen Erhöhung das Eigenkapital der Genossenschaft auf 136 Millionen Mark steigt. Das ist eine Summe, mit der sich selbst heute, im Zeitalter der Marktentwertung, noch etwas Positives schaffen läßt.

Wenn die Mitglieder eines Konsumvereins einer derartigen Opferwilligkeit fähig sind, sollte es in unseren Bauproduktivgenossenschaften, die sogar noch höherer Mittel bedürfen, ebenfalls möglich sein. Gerade angesichts der bevorstehenden Generalversammlungen zahlreicher Bauproduktivgenossenschaften ist die Mahnung nur allzu berechtigt, hinter der Opferwilligkeit der Konsumvereinsmitglieder nicht zurückzubleiben.

### Die Teuerung im Oktober

Die vom Statistischen Reichsamt berechnete Reichsindezziffer für die Lebenshaltungskosten (Aufwendungen für Ernährung, Heizung, Beleuchtung, Wohnung und Bekleidung) ist im Durchschnitt des Monats Oktober auf 22 066 gegenüber 13 319 im September gestiegen.

Die Steigerung beträgt demnach 65,7 v. H. Ohne die Bekleidungsansgaben (die erst seit einigen Monaten in die Berechnung einbezogen sind) stellt sich die Indezzziffer auf 19 504, was eine Steigerung von 71,4 v. H. gegenüber der entsprechenden Ziffer des September (11 376) bedeutet. Die Bekleidungsansgaben haben sich somit nach den vorausgegangenen außerordentlichen Steigerungen seit September nicht in gleich starkem Maße verteuert wie die übrigen Lebensbedürfnisse zusammengekommen. Die Indezzziffer für die Bekleidungsansgaben allein ist um 48,7 v. H. auf 38 664, die für die Ernährungsausgaben um 72,7 v. H. auf 26 623 gestiegen.

Neben dieser Monats-Durchschnittsziffer ist noch eine Stichtagsziffer für den 25. Oktober berechnet worden. Danach ergibt sich für das Ende des Monats eine Indezzziffer der gesamten Lebenshaltungskosten von 24 702, oder eine Steigerung auf das 247fache des vor Kriegszustandes.

Das Ergebnis der amtlichen Statistik über die Bewegung der Großhandelspreise liegt ebenfalls vor. Amlich wird berichtet:

Die Bewegung der Großhandelspreise, die im September noch an der Ausgleichung an die akute Kursstetung der Mark im August begriffen war, erfuhr durch den jüngsten Marksturz im Oktober einen neuen Antrieß. Der Dollar wurde in Berlin im Durchschnitt des September mit 1466 M., im Durchschnitt des Oktober mit 3181 M. bewertet; der Wertverlust der Mark am Dollar gemessen beträgt demnach für diese Zeitperianne 117 Prozent. Dieser Bewegung ist das Warenpreisniveau gefolgt.

Die Großhandelsindezzziffer des Statistischen Reichsamts ist von dem 33fachen im Durchschnitt des September auf das 566fache im Durchschnitt des Oktober oder um 97,2 Prozent gestiegen. Bei der Berechnung dieser Ziffern wurden die neuen Getreideumlagepreise berücksichtigt. Besonders scharf war die Preissteigerung bei der Gruppe der Lebensmittel, deren durchschnittliche Preislage von dem 259,1fachen auf das 564,2fache oder um 117,8 Prozent emporschnellte. Die Gruppe der Industriestoffe hat sich gleichzeitig von dem 339fachen auf das 569,4fache oder um 67,9 Prozent gehoben.

Im einzelnen stiegen:  
Getreide und Kartoffeln von dem 243,1fachen auf das 533fache;  
Fette, Zucker, Fleisch und Fisch von dem 261,3fachen auf das 579,7fache;  
Kolonialwaren von dem 411,6fachen auf das 924,3fache;  
ferner Häute und Leder von dem 416fachen auf das 990,8fache;  
Textilien von dem 523,9fachen auf das 1028,5fache;  
Metalle von dem 332,1fachen auf das 686,1fache.

